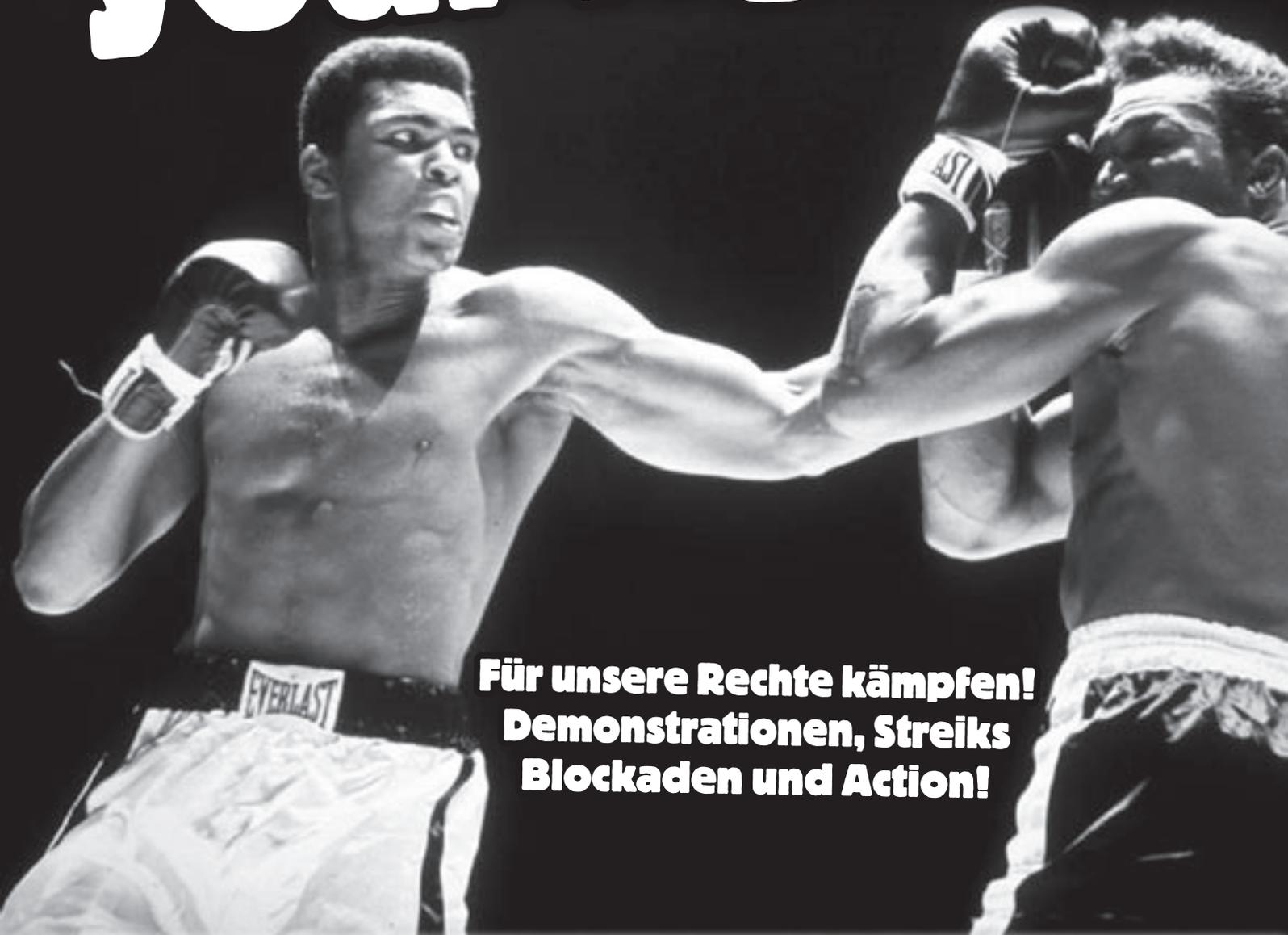


ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 29 ★ Mai/Juni 2008 ★

Fight for your rights!



**Für unsere Rechte kämpfen!
Demonstrationen, Streiks
Blockaden und Action!**

WWW. **REVOLUTION**.DE.COM

In dieser Ausgabe ★ Arbeiterrevolte 1968 ★ Jugendfestival im Baskenland ★ Gegen Adultismus!

LIEBE REVO...

KURDISCHE JUGENDDEMO

„Wer sind wir? Kurden! Was wollen wir? Frieden!“ Das war die meist gerufene Parole und sozusagen das inoffizielle Motto der kurdischen Jugenddemo am 19.04.2008 in Berlin-Wedding. Beinahe 1000 überwiegend jugendliche KurdInnen demonstrierten gegen die unterdrückerische Politik des türkischen Staates. Auch eine handvoll „deutscher“ Linke, darunter einige Revos, nahmen an der Demo teil, um sich solidarisch mit den KurdInnen zu zeigen.

von biber, Revo Berlin



One Solution:
REVOLUTION!
Für ein sozialistisches Kurdistan
Yek Gareserî:
ŞORES!
www.REVOLUTION.de.com

FRAUENTAG-SEMINAR

Am 15. März um 12:00 Uhr trafen sich rund 30 Menschen im Berliner Meringhof, um anlässlich des eine Woche vorher stattgefundenen Internationalen Frauentages einen Workshop zum Thema Frauenunterdrückung und -befreiung zu veranstalten.

Innerhalb von acht Stunden wurden acht Vorträge gehalten bzw. acht Themen vorgestellt. Es wurde gemeinsam debattiert und manche neue Einsicht gewonnen. Informiert wurde unter anderem über Alltagssexismus, die ökonomische Benachteiligung von weiblichen Arbeiterinnen und die aktuelle Abtreibungsdiskussion in den USA. Der Gesprächsbedarf war immens und manche Debatte zog sich noch weit in die Nacht hinein – Gelegenheit dazu gab es bei der anschließenden Soliparty in der Roten Insel. Denn der Kampf gegen Frauenunterdrückung ist untrennbar vom Kampf gegen den Kapitalismus.

von Paula, Revo Dresden

1. MAI IN BERLIN

Am ersten Mai waren AktivistInnen von REVOLUTION in Berlin unterwegs, sowohl bei der **DGB-Demonstration** um 10 Uhr wie bei der **Revolutionären 1.-Mai-Demonstration** um 18 Uhr in Kreuzberg. Die revolutionäre Demo war weit größer als in den letzten Jahren, und wir liefen vorne und hinten in der Demo mit.

Aber wir waren anscheinend auch im Kino zu sehen! „Berlin – 1. Mai“ soll kein besonders guter Film sein. Aber immerhin ist REVOLUTION darin zu sehen, am 1. Mai 2006 in Kreuzberg, mit roten Fahnen und Transparenten und so.

Da muss mensch aber nicht ins Kino rennen – eigentlich kann mensch sich die 7€ sparen und uns auch so sehen, bei Demonstrationen, Veranstaltungen oder auch beim REVOCAMP 2008.

von Wladek, Revo Berlin

BERICHTE AUS VENEZUELA

Ein Aktivist von REVOLUTION hat vor kurzem einen Monat in Venezuela verbracht und darüber Berichte geschrieben. Er war beim Arbeitskampf im Stahlwerk SIDOR (das vor kurzem verstaatlicht wurde), bei Treffen der „Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV), bei Versammlungen mit GewerkschafterInnen und revolutionären Linken sowie bei einer Konferenz des Unternehmerverbandes.

Diese Berichte bieten eine andere Sicht der „bolivarischen Revolution“ in Venezuela, jenseits von bürgerlicher Anti-Chávez-Propaganda und linkem Jubelchavismus. Denn im „venezolanischen Sozialismus“ gibt es noch ArbeiterInnen, die krass ausgebeutet werden, und KapitalistInnen, die krass hohe Profite machen.

Mit der Unterstützung der Revolutionär-Sozialistischen Organisation (RSO) sind diese Berichte bei Indymedia Germany erschienen. In den nächsten Wochen werden weitere Berichte veröffentlicht, und wir organisieren auch mehrere Veranstaltungen zum Thema, zum Beispiel in Wien und Dresden.

Auf: <http://de.indymedia.org>
+ <http://www.sozialismus.net>

Wohin geht Venezuela?



WOHIN GEHT VENEZUELA?

Die neue Broschüre von REVOLUTION bietet einen „Beitrag zur internationalen Debatte über Chávez, seine Partei und die Rolle der Arbeiterklasse“.

Denn die gesamte Linke in der gesamten Welt redet über Venezuela. Vor allem nach dem Scheitern des Regierungslagers beim Referendum über die Verfassungsreform stellt sich die Frage: Ist die Regierung von Hugo Chávez sozialistisch? Was sind die Perspektiven für den Sozialismus in Venezuela?

Auf 28 Seiten gibt es Artikel über die Massnahmen gegen den Fernsehsender RCTV und die Gründung der neuen Partei PSUV, sowie einem Aufruf der „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei“. Diese Broschüre ist über unsere Kontaktadressen und kostenlos im Internet erhältlich.

„Wohin Geht Venezuela?“ –
erhältlich von Revo für 1,50€



Wo ist dein Bericht oder Leserbrief?

Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

Bildungsstreik!

Als Jugendliche haben wir heutzutage Grund genug zu protestieren...

In der Schule müssen wir unsere Schulbücher selbst bezahlen, Klassenzimmer sind völlig überfüllt und Unterrichtsstunden fallen ständig aus. Es gibt nicht annähernd genug LehrerInnen.

Auf der Uni wird der Leistungsdruck auf Studierende immer größer. Ganze Institute und Bibliotheken werden geschlossen, und auch in Berlin droht die Einführung von Studiengebühren in naher Zukunft.

Bei der Ausbildung gibt es für die allermeisten BewerberInnen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz – sie müssen an einer Maßnahme von der Arbeitsagentur teilnehmen oder sich im nächsten Jahr erneut bewerben.

Und wenn wir nichts finden, bleibt nur **das Arbeitsamt**: als Jugendliche müssen wir jeden Scheißjob und jede sinnlose Maßnahme annehmen, oder unsere Leistungen werden gekürzt. Sie lassen uns bis zum 25. Lebensjahr nicht aus dem Elternhaus ausziehen.

Geld für die Bildung wird gekürzt, während Kameraüberwachung ausgebaut und Jugendgefängnisse errichtet werden. Allein für die Imagekampagne „be.berlin“ gibt der Senat **10 Millionen Euro** aus, aber in den letzten Jahren sind 100 Jugendzentren „aus Geldmangel“ geschlossen worden.

Niemand wird unsere Situation verbessern, wenn wir nicht **selbst aktiv werden!** Genau so wie es ArbeiterInnen bei der BVG und im Öffentlichen Dienst gemacht haben, wollen wir, SchülerInnen und Studierende aus ganz Berlin, am 22. Mai **in den Streik treten**.

Bereits im letzten Jahr gab es in Berlin mehrere **Schulstreiks mit bis zu 10.000 TeilnehmerInnen**. Aber wir müssen wieder auf die Straße gehen und uns in den Schulen



Streik für SchülerInnen und Studierende am 22. Mai!

und Unis organisieren, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Die Kürzungen bei der Bildung sind nichts, was auf Berlin beschränkt ist. In den letzten Jahren fanden massenhafte SchülerInnen- und **Studierendenproteste in Frankreich, Chile und Griechenland** statt, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Erfolgreich waren sie dann, wenn sie sich mit den Protesten der ArbeiterInnen verbinden konnten.

Deswegen wollen wir zusammen mit der Arbeiterbewegung protestieren. Wir fordern nicht nur für mehr Geld für die Bildung, sondern auch die Schaffung von Tausenden neuer Lehrer- und Professorenstellen. Wir erklären uns **solidarisch mit den Protesten der ArbeiterInnen**, die vom gleichen Senat versarst werden wie wir, z.B. bei der BVG, und wir fordern sie und ihre Gewerkschaften auf, unseren Bildungsstreik zu unterstützen.

Mit diesem Streiktag wollen wir zeigen, dass wir **die Schulen und Unis selbst lahm legen können**. Und wir können auch die Bildung in die eigenen Hände nehmen – denn wir wissen besser als irgendwelche weltfremden BürokratInnen vom Senat, was wir lernen können und wollen.

Wir müssen uns in Streikkomitees, Politik-AGs und Basisstrukturen organisieren, um die Kontrolle über unsere Schulen und Unis zu erkämpfen. Denn **in der kapitalistischen Gesellschaft** geht es im Bildungssystem immer nur darum, konforme Arbeitsmaschinen zu formen.

Unser Kampf für ein anderes Bildungssystem ist **ein Teil des revolutionären Kampfes** für eine andere – sozialistische – Gesellschaft.

unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION
+ Revolutionäre Liste an der Freien Universität Berlin

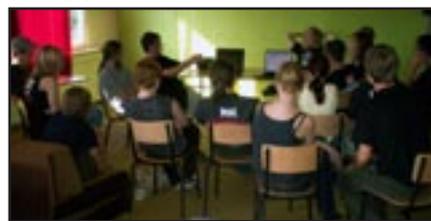
SELBER MACHEN. TREFFEN ORGANISIEREN.

Sei es für ein Bündnis gegen Nazis, ein Streikkomitee für einen Bildungsstreik oder eine revolutionäre Jugendorganisation – immer wieder müssen wir politische Treffen organisieren, um uns auszutauschen, politisches Wissen anzueignen und Proteste zu organisieren. Oftmals kommen Menschen zusammen, aber sie wissen nicht so richtig, was sie machen sollten.

Für ein Treffen müssen natürlich erst Leute eingeladen werden. Das geht über persönliche Einladungen, Email, Schüler- bzw. StudiVZ, Flyer und Plakate.

Abhalten könnt ihr das Treffen in einem

Jugendclub, in einem Café, bei jemandem zu Hause, im Park oder wo auch immer ihr genug gemütliche Plätze findet. Ihr könnt



auch jemanden von REVOLUTION einladen, falls ihr Unterstützung benötigt.

Es ist eine gute Idee, am Anfang eine Ta-

gesordnung aufzuschreiben, damit kein wichtiger Punkt vergessen wird. Ein/e von Allen gewählte/r Diskussionsleiter/in kann dafür sorgen, dass jede/r sich melden kann und dann auch zu Wort kommt. Es muss besonders darauf geachtet werden, dass Jüngere, Frauen sowie Leute, die nicht so viel sagen, mitdiskutieren können – es sollen nicht immer die Gleichen reden!

Am besten verständigt mensch sich gleich darauf, wann und wo das nächste Treffen ist, damit alle Interessierten auch wieder Zeit haben. Auch die Themen fürs nächste Mal können gesammelt werden.

REVOCAMP

Internationales Sommercamp für revolutionäre Jugendliche 28. Juli – 1. Aug in Liberec (CZ)



An vielen Stellen leisten wir Widerstand gegen Dinge, die uns gewaltig stören: in der Schule gegen Leistungsdruck und Lehrerwillkür, auf der Arbeit gegen schlechte Bedingungen und niedrige Löhne, auf den Straßen gegen Nazis. Wir setzen uns ein **gegen Militarismus und gegen die Zerstörung unserer Umwelt**. Wir kämpfen in kleinen Gruppen oder wir kommen zu großen Protesten zusammen, wie letztes Jahr in Heiligendamm gegen die G8.

Alle unsere Kämpfe und auch die Kämpfe der IrakerInnen und AfghanInnen gegen Besatzung oder die Kämpfe der VenezolanerInnen gegen Imperialismus haben etwas miteinander zu tun. **Es sind Kämpfe gegen die Übel unserer Gesellschaft** – der kapitalistischen Gesellschaft. Was gibt es noch für Kämpfe? Was gibt es noch für Übel, gegen die es sich zu kämpfen lohnt?

Warum gibt es diese vielen Probleme und was können, **müssen wir tun, um eine andere Gesellschaft aufzubauen?**

Auf dem internationalen Sommercamp der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION wollen wir darüber reden. Junge Menschen **aus mindestens sechs Ländern** werden für eine Woche zusammenkommen. Bereits zum sechsten Mal findet das REVOCAMP statt.

Den ganzen Tag über gibt es verschiedene Seminare und viele Diskussionen, die beim abendlichen Zusammensein und Feiern noch fortgesetzt werden können. Es gibt auch Filme und praktische Workshops über Demos, Transparente, Graffiti, usw. **Alle TeilnehmerInnen verwalten das Camp gemeinsam**, das heißt wir entscheiden eigenständig über den Ablauf und den Inhalt. **Join the REVOLUTION** in Liberec!

eine Woche inklusive einem Zimmer und Essen für rund 70 € • Infos und Anmeldung: info@revolution.de • volles Programm auf: www.revocamp.eu.tc

ANZEIGE



... den Hammer schmieden

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).
 per Einzugsermächtigung
 Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:



Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
 Seine vehemente Anti-Bush-Haltung hat ihn zur Galionsfigur der neuen Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas. Edition Nautilus, 2006, 352 S.

revolution



Dietrich Kittner
Sadisten. Wie ein Gesetz entsteht
 Mit bissigem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die xpeinliche Befragung tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantánamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker. Independent entertainment, DVD, 50+26 Minuten

Die Prämie geht an mich den Abonnenten Ich verzichte auf eine Prämie

1968: Nicht nur Studis

68 hier, 68 da. Alle reden über die „Studentenrevolte“, deren 40jähriges Jubiläum dieses Jahr abgefeiert wird. Das 68 für weit mehr steht als eine Studentenrevolte, wird nicht besonders deutlich – höchstens wird mal nebenbei auf den Prager Frühling verwiesen und damit der Kampf der tschechoslowakischen ArbeiterInnen gegen die stalinistische Bürokratie.

Das erstaunt nur wenig, wenn mensch sich die Leute anschaut, die jetzt öffentlich ihren Senf zur Diskussion dazugeben. Wenn es nicht bürgerliche BerufsantikommunistInnen sind, sind es gebildete und gutverdienende linksliberale PolitikerInnen und JournalistInnen, in deren eigenen Biografien 68 nun mal kaum mehr als eine deutsche Studentenrevolte ist. Aber 1968 steht für mehr, denn in diesem Jahr kamen viele Ereignisse zusammen, die Teil von Bewegungen der Jahre davor und danach waren.

ArbeiterInnen!

Die wirtschaftliche Entwicklung war die Grundlage dieser Bewegungen. Nach den Zerstörungen des 2. Weltkriegs hatte es seit den fünfziger Jahren eine Phase des Aufschwungs gegeben, die Mitte der sechziger Jahre in einer kleinen Rezession endete. Das bewegte die ArbeiterInnen der BRD: sie kämpften gegen Werkschließungen, Leistungskürzungen und Preiserhöhungen. Sie setzten sich auch massiv gegen die Notstandsgesetzgebung ein. 1969 sah eine Welle erfolgreicher „wilder“ Streiks, die den Auftakt bildeten für eine Reihe großer Arbeitskämpfe in den Folgejahren. Vor allem junge ArbeiterInnen beteiligten sich an dieser Bewegung. Es entstand eine starke Lehrlingsbewegung, die sich vor allem gegen die schlechten, ausbeuterischen Ausbildungsverhältnisse richtete.

Unterstützt wurde die Radikalisierung der Bevölkerung durch die erste Große Koalition. Durch das Eintreten der SPD in die Regierung mit der CDU verließ die Sozialdemokratie ihre Rolle als Anwalt der ArbeiterInnen und hinterließ keinen Ersatz.

StudentInnen!

Auch an den Universitäten hatte das seine Auswirkungen. Durch aggressive Kriege, wie den Frankreichs in Algerien, vor allem aber den der USA in Vietnam, verloren die kapitalistischen BefreierInnen vom Faschismus ihre Glaubwürdigkeit. Es wurde deutlich, dass die Siegermächte nicht aus antifaschistischer Überzeugung gehandelt hatten. Das zeigte sich auch daran, dass die Eliten immer noch die gleichen wie zur Nazizeit waren: Chefs und Professoren hatten nun zwar ein demokratisches Gewand angelegt, aber die Kontinuität war nicht zu übersehen und Wahlerfolge der

ArbeiterInnen waren zentral für die globale Revolte 1968

faschistischen Parteien unterstrichen das.

Die Konservativität der „Ära Adenauer“ prägte die Gesellschaft. In diesem Klima entstand eine große linke StudentInnenbewegung, die sich als Opposition zum parlamentarischen System verstand, gegen viele verschiedene Missstände kämpfte und sich zunehmend radikalisierte, als die Hetze und die Verfolgung stärker wurde. Es bildeten sich eine Vielzahl von Gruppierungen, die den Sturz des Kapitalismus zum Ziel hatten, doch konnten sie kaum nennenswerten Einfluss auf die Massen nehmen. Während die Führungsriege der SPD und der Gewerkschaften gegen die StudentInnen hetzte, verhielten sich die jungen revolutionären Gruppen oftmals sektiererisch, unfähig den Einfluss der ReformistInnen auf die Arbeiterschaft zu brechen.

ArbeiterInnen + StudentInnen!

Anders sah es im Mai 1968 in Frankreich aus. Auch hier war der Aufschwung der Nachkriegszeit vorbei. Auch hier war die Gesellschaft verknöchert. Die niedrigsten Löhne der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die längste Arbeitswoche führten zu Kämpfen, Streiks und Besetzungen.

Auch die StudentInnen waren in Bewegung. Anfang Mai besetzten sie die Universitäten Nanterre und Sorbonne, weitere folgten. Die Universitäten, jetzt in den Händen der AktivistInnen, wurden nun für die geöffnet, denen sie sonst verschlossen bleiben: den ArbeiterInnen. Vor Betrieben haben die StudentInnen Flugblätter verteilt. Am 6. Mai kam es in Paris zu einer Großdemonstration von ArbeiterInnen und StudentInnen, der weitere Demonstrationen folgten. Am 10. Mai schließlich begannen heftige Straßenschlachten. Die Polizei trat mit äußerster Brutalität auf, was den Protestierenden viele Sympathien einbrachte. Schließlich entschloss sich der Pompidou, die geplante Bildungsreform zurückzunehmen. Doch einen Tag nach der Siegesdemonstration gingen die ArbeiterInnen in die Offensive.

Nun wurden Fabriken besetzt, die Chefs zu Gefangenen erklärt; das ganze Land befand sich im Generalstreik, ohne dass eine Gewerkschaftsführung dazu aufgerufen hatte. Der Generalstreik stellte die Machtfrage.

Präsident de Gaulle floh nach Deutschland zu seinen Truppen und Ministerien begannen, ihre Akten zu vernichten.

Verratene Revolution!

Die StalinistInnen von der Kommunistischen Partei (PCF) kamen der Bourgeoisie zur Hilfe. Am Anfang hatten die Kremltreuen noch versucht, die Bewegung durch Hetze gegen die „kleinbürgerlichen Unruhestifter“ zu spalten. Dann hatte sie sich an die Spitze setzen wollen, was jedoch nicht akzeptiert worden war. Nun, als die ArbeiterInnenmacht zum Greifen nah war, traten die StalinistInnen in Verhandlungen mit der Regierung und warfen ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, um eine Revolution zu verhindern. Denn für die Sowjetbürokratie war de Gaulle, der sich immer wieder gegen Großbritannien und die USA positionierte, ein angenehmer Mitspieler auf dem außenpolitischen Parkett.

Im Gegensatz dazu war das letzte, was die BürokratInnen im Kreml brauchen konnten, ein rotes Rätefrankreich, das die sowjetischen ArbeiterInnen hätte inspirieren können. Präsident de Gaulle kündigte soziale Verbesserungen an und rief Neuwahlen aus, drohte aber auch mit der Armee. Am 30. Mai gab es eine Demonstration zur Unterstützung der Regierung. Die politische Rechte mobilisierte eine Million DemonstrantInnen.

Diese Situation führte dazu, dass der Generalstreik demobilisiert werden konnte. Die ArbeiterInnen und die radikale Linke verfügten über keine bedeutende Organisation, um die Machtübernahme auf die Tagesordnung zu setzen. Dass keine zentralisierte Räteorganisation gebildet worden war, verhinderte die Abwehr der konterrevolutionären Offensive.

Lernen!

1968 war ein revolutionäres Jahr. Jedoch nicht an den deutschen Unis, sondern in den Betrieben und Universitäten Frankreichs, wo die Lehre des gemeinsamen Kampfes bis heute lebendig ist. Die Bewegung gegen den Erstanstellungsvertrag CPE im Jahre 2006 zeigte erneut, dass die Verbindung der radikalen Jugend mit der gesamten Arbeiterklasse zum Erfolg führt. Organisation, Protest und Räte-macht – von 1968 lernen heißt siegen lernen.

von Jalava, Revo Kiel



Bullen und Barrikaden in einem Pariser StudentInnenviertel

Aufstände auf dem Dach der Welt

Tibet zwischen „Menschenrechtsimperialismus“ und chinesischer Unterdrückung

Seit Wochen liefern sich UnterstützerInnen und GegnerInnen der „Free Tibet“-Kampagne einen medialen Schlagabtausch. Während Tibet-FreundInnen für Meinungsfreiheit, Menschenrechte und den Dalai Lama ins Feld ziehen, beschwören viele ChinesInnen die Gefahr eines antichinesischen Mobs, der mit allen Mitteln aufgehalten werden müsse. Dabei dient alles als Bühne, selbst die olympische Fackel wird in die Auseinandersetzung einbezogen

Angefangen hat das Ganze nach den Ausschreitungen in Lhasa, der tibetischen Hauptstadt, am 14. März 2008. Berichten des Medien-Mainstreams zufolge griff die chinesische Polizei eine bis dahin friedliche Demonstration tibetischer Mönche und BürgerInnen gewaltsam an, woraufhin diese sich gewehrt hätten. Chinesische Nachrichtenagenturen insistierten aber, dass die Polizei nur defensiv reagiert habe und überhaupt erst eingeschritten sei, als tibetische DemonstrantInnen anfangen, chinesische PassantInnen der Han-Volksgruppe zu attackieren sowie chinesische Geschäfte zu plündern und anzuzünden.

Die Geschehnisse in Lhasa und anderswo machen vor allem eins deutlich: die gesamte Tibet-Berichterstattung ist parteilich. Es ist klar, dass die gesteuerte chinesische Presse von marodierenden Mobs unter der Führung des Dalai Lama spricht. Ebenso klar muss aber sein, dass auch die „freie“ westliche Presse manipulativ in das Geschehen eingreift und einseitig berichtet. Verifizierbare Informationen sind also außerordentlich schwer zu bekommen.

Die Kampagne

Die „Free Tibet“-Kampagne kämpft nach eigenem Bekunden seit 20 Jahren für die „tibetische Sache, die Vision und die Führung des Dalai Lama“. Unterstützt wird sie dabei von prominenten westlichen PolitikerInnen wie beispielsweise Paula Dobriansky vom US State Department oder dem Vorsitzenden der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Wolfgang Gerhardt. Letzterer sagte im Mai 2007 auf der 5. „International Tibet Sup-

port Groups Conference“ in Brüssel: „Unsere Zeit ist jetzt gekommen – besonders wegen der Olympischen Spiele im nächsten Jahr.“

Diese Aussage spricht für sich: Nicht angebliche chinesische Menschenrechtsverletzungen im Vorfeld der Olympischen Spiele waren der Auslöser für den Aufruhr in der westlichen Medienlandschaft. Vielmehr wurden schon letztes Jahr Protestaktionen geplant – es fehlt nicht viel Phantasie, um zu mutmaßen, dass auch die Ausschreitungen in Lhasa mit den Ergebnissen dieser Konferenz zusammenhängen.

Ein weitaus einleuchtendes Argument, warum gerade China ins Visier der westlichen Politik- und Medienkampagne geriet, ist der wirtschaftliche Aufstieg der Volksrepublik in den letzten Jahren. Die imperialistischen Regierungen Nordamerikas und Europas sehen ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt gefährdet. China dehnt seine Handelspartnerschaften nach und nach auf den ganzen Globus aus, wodurch die einstige Monopolstellung der USA und der EU beispielsweise in Afrika und Südamerika ins Wanken geraten. Da erscheint es günstig, anti-chinesische Ressentiments zu schüren, um – wie so oft – im Namen der Menschenrechte und der Demokratie wieder an wirtschaftlicher Macht zu gewinnen.

Der Dalai Lama

Und wer ist der XIV. Dalai Lama? Dieser „Gotteskönig“ begreift sich als das geistliche und politische Oberhaupt des tibetischen Volkes und führt die „tibetische Exilregierung“ an, die seit Jahrzehnten in Dharamsala in Indien sitzt. Weder die geistliche noch die politische Herrschaft des Dalai Lama ist in irgendeiner Weise demokratisch legitimiert – als Kind wurde er von einigen Priestern als Reinkarnation des vorigen Dalai Lama anerkannt. Bis zu seiner Flucht nach Indien 1959 war er sodann der Kopf eines theokratischen Regimes, in denen elementare demokratische Rechte ein Fremdwort und Folter an der Tagesordnung waren.

Es ist natürlich nicht gesagt, dass der Dalai Lama, sollte er wieder an die Macht kommen,

noch einmal ein solches Regime implementiert. Es ist allerdings äußerst bemerkenswert, dass er in einer angeblich so säkularisierten Gesellschaft wie der unsrigen ein solches Ansehen genießt. Während die Vermischung von Religion und Politik in der arabischen Welt als Gefahr für die Demokratie dargestellt werden, scheint dies beim tibetischen Buddhismus kein Problem zu sein*.

Die Bevölkerung

Die wirkliche Situation der tibetischen Bevölkerung ist durch den beidseitigen Propaganda-Feldzug schwer einzuschätzen. Auch wenn die Horrormeldungen westlicher Medien im Zuge der anti-chinesischen Kampagne maßlos übertrieben wurden, ist unter dem chinesischen Stalinismus die Unterdrückung der tibetischen Kultur zweifellos vorhanden – Umsiedlungskampagnen von Han-ChinesInnen nach Tibet sind nur ein Beispiel.

Nicht zuletzt deswegen richtete sich der Frust der tibetischen DemonstrantInnen gegen chinesische Geschäfte und PassantInnen. Ein weiterer Grund ist aber, dass die traditionelle tibetische Lebensweise immer mehr unter den kapitalistischen Zuständen in China zu leiden hat. Dies heißt jedoch nicht, dass nur die tibetische Bevölkerung dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgesetzt ist. Denn die Klassengegensätze im gesamten chinesischen Staat verschärfen sich. Sinophobe Reflexe von tibetischen DemonstrantInnen und westlichen Gutmenschen helfen der arbeitenden Bevölkerung Tibets wenig – die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen Tibets brauchen ein Bündnis mit den 800 Millionen arbeitenden Menschen in China, nicht mit ihrem feudalen „Gotteskönig“, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Wir unterstützen das Recht der TibetanerInnen auf Selbstbestimmung, denn nur durch die Anerkennung ihrer demokratischen Rechte können wir ihnen klar machen, dass sie nicht vom „Kommunismus“ unterdrückt werden, wie es immer wieder in den Medien heißt. Sie werden von einem kapitalistischen Staat mit einer stalinistischen Führung unterdrückt. Aber Unabhängigkeit von diesem Staat im Rahmen eines unabhängigen, kapitalistischen Tibets würde kein einziges Problem lösen. Eine wirkliche Perspektive für die Armen im höchsten Land der Welt wäre ein sozialistisches Tibet, basiert auf Selbstbestimmung und ohne ethnische oder kulturelle Diskriminierung – ein sozialistisches Tibet, welches von den Massen selbst, ohne einen repressiven, stalinistischen Klüngel, verwaltet wird.

von Stefan, Revolutionäre Liste an der FU

*„Dalai Lama: Fall eines Gottkönigs“ von Colin Goldner



Die chinesische Polizei war etwas überfordert.

Jugendfestival im Baskenland

Am Montag ging das „Gazte Topagunea“ („Jugendtreffpunkt“ auf Baskisch) zu Ende. Zu diesem Jugendfestival der baskischen Linken waren rund 15.000 Jugendliche ins Dorf Lezo nahe Donostia/San Sebastián gekommen. Trotz Kälte, Regen und Hagel, die am ersten Abend hunderte Zelte einbrechen ließen, fanden Konzerte (unter anderem von der italienischen Ska-Band Banda Basotti), Diskussionen, Workshops und Kundgebungen statt.

Die riesige Organisation wurde von 500 jungen Freiwilligen übernommen: Rund 15.000 Sandwiches wurden vorbereitet und, wie Igor von den OrganisatorInnen meinte, „wir servierten genug Getränke, um einen Öltanker zu füllen“. Das ganze Festival lief unter dem Motto „Independentzia“ („Unabhängigkeit“) – nicht nur auf den Transparenten über der Bühne sondern auch auf Plastiktassen und Zuckerpackungen stand das einfache Logo dazu. Dabei geht es nicht nur um die Unabhängigkeit des baskischen Volkes von Spanien und Frankreich, sondern auch um die Unabhängigkeit der Individuen vom Kapitalismus und vom Patriarchat, wie AktivistInnen der baskischen Jugendbewegung betonten.

Das Festival lief vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Repression. Allein im Jahr 2007 haben die Behörden über 400 BaskInnen aus politischen Gründen verhaftet – von denen 42 über Folter in Polizeigewahrsam berichtet haben. Aktuell laufen Verbotverfahren gegen die baskischen Parteien



Beim „Gazte Topagunea“-Festival waren 10.000 Jugendliche

EHAK und ANV. Auch im Dorf Lezo, wo 9 von 10 Stadträten über die Liste der ANV gewählt wurden, ist diese Repression leicht zu spüren: Überall hängen die Plakate der „Abstentzioa“-Kampagne, die zur Wahlenthaltung bei den spanischen Präsidentschaftswahlen vor zwei Wochen aufforderten. Die wichtigste politische Organisation der baskischen Jugendbewegung, SEGI, gilt seit letztem Jahr im spanischen Staat als „terroristische Vereinigung“ – und trotzdem war sie an jeder Ecke in Lezo präsent.

Das Festival findet bereits zum sechsten Mal statt, aber noch nie waren so viele internationale Gäste dabei. Rund 130 Gäste von 30 Delegationen nahmen teil: aus Kurdistan, Palästina, Irland, Griechenland, Italien, Frankreich, Finnland, und verschiedenen Teilen des spanischen Staates. Auch aus Deutschland waren Vertreter der Antifaschistischen Linken Berlin, der Organisierten Autonomie aus

Nürnberg und der Jugendorganisation REVOLUTION dabei, die über die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm berichteten.

Am Sonntag fand auch die Demonstration der baskischen Linken zum Nationalfeiertag „Aberri Eguna“ statt. Vom Startpunkt im baskischen Dorf Irun liefen die rund 3.000 DemonstrantInnen über die spanisch-französische Grenze ins Nachbardorf Hendaia, um die Einheit des Baskenlandes über diese Staatsgrenze hinweg hervorzuheben. Das erste Foto zeigt die zentrale Kundgebung der Topagunea am Samstagabend. Die internationalen Gäste kamen auf die Bühne, während John Rishmanawi aus Bethlehem/Palästina eine Rede hielt und am Ende zusammen mit den 10.000 Zuschauern „Gora Euskal Herria Sozialista!“ rief. Im Hintergrund lief eine Ska-Version der „Internationale“.

von Wladek, Revo Berlin

<http://de.indymedia.org/2008/03/211555.shtml>

Revolution im Baskenland und weltweit!

Die Jugendbewegung im Baskenland ist eine Inspiration für Jugendliche in ganz Europa.

Trotz brutaler Repression durch den spanischen und den französischen Staat nehmen die Massenkämpfe kein Ende: Jugendliche kämpfen gegen den Mangel an Arbeitsplätzen, gegen Zeitarbeitsfirmen, die Jugendliche ausbeuten, und gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen... Sie besetzen Häuser, um Kulturzentren zu schaffen... Sie kämpfen für ihre politischen Rechte und gegen nationale Unterdrückung.

Mit diesen Problemen sind Jugendliche in ganz Europa konfrontiert: Studiengebühren und die Privatisierung des Bildungswesens, Arbeitslosigkeit, Armut und Jugendunterdrückung. Repression nimmt ebenso europaweit zu, wie zum Beispiel wurde der Kommunistische Jugendverbandes (KSM) in Tschechien verboten, nur weil dieser die Abschaffung des Privateigentums forderte!

Der Grund all dieser Probleme ist das kapitalistische System. Im Kapitalismus müssen die KapitalistInnen untereinander konkurrieren, um Profite zu maximieren, und das führt zu Ausbeutung, Rassismus, Sexismus und imperialistische Kriegen. Es führt auch zu militärischer Besatzung (wie im Irak oder in Afghanistan) oder nationale Unterdrückung (selbst in „zivilisierten“ Ländern

wie im türkischen oder im spanischen Staat).

Es ist unmöglich, im Kapitalismus demokratischen Rechte vollständig umzusetzen. Kapitalismus bedeutet, dass eine kleine Minderheit den gesamten gesellschaftlichen Reichtum besitzt, während die überwiegende Mehrheit im Endeffekt nichts besitzt. Repression ist erforderlich, um die Mehrheit auf ihrem Platz als Lohnsklaven zu halten. Nur wenn wir das kapitalistische System und all seine Institutionen (die staatliche Bürokratie, die Armee und die Bullen), können wir frei von allen Formen der Unterdrückung leben.

Kapitalismus ist ein globales System. Genau wie die KapitalistInnen sich koordinieren (zum Beispiel durch die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfonds usw.) müssen wir uns international organisieren.

Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung im Baskenland, aber erkennen auch, dass ein unabhängiges Baskenland auf kapitalistischer Grundlage nicht die Probleme der Jugend lösen würde. Und wenn der Kapitalismus in einem unabhängigen Baskenland gestürzt werden würde, könnte er wegen des sofortigen Einmischens der imperialistischen Mächte nicht lange bestehen.

Der Schlüssel zur Überwindung des kapitalistischen Systems ist eine international verein-

te Arbeiterklasse. Natürlich kann so eine Einheit nur auf gegenseitige Anerkennung von Rechten basieren, einschließlich des Recht unterdrückter Nationen auf Selbstbestimmung. Die baskische Jugendbewegung kann eine wichtige Rolle für die Vereinigung von linken Jugendbewegungen rund um die Welt spielen, wie die vielen Gäste auf den internationalen Jugendfestivals beweisen.

Aber um dieses zu ermöglichen, müssen wir uns nicht nur in unseren Schulen, Unis, Arbeitsplätzen oder Jugendzentren organisieren: Wir müssen für eine internationale revolutionäre Jugendorganisation kämpfen, für eine neue Jugend-Internationale. Denn ein/e jugendliche/r Arbeiter/in in Bilbao hat mehr Gemeinsamkeiten mit einem/r jungen Arbeiter/in in Berlin als mit jedem/r baskischen Kapitalisten/in!

- ★ Für internationale Proteste gegen die Repression im Baskenland!
- ★ Für das Recht auf Selbstbestimmung für alle unterdrückten Nationen!
- ★ Für ein sozialistisches Europa, basierend auf einer freiwilligen Vereinigung der Nationen!
- ★ Für eine revolutionäre Jugend-Internationale, um die Kämpfe weltweit zu vereinen!

Dieser Flyer wurde auf Baskisch und Englisch bei der „Gazte Topagunea 08“ verteilt. Übersetzung: Jaro, Revo Berlin

Kampf dem Adultismus

Jugendunterdrückung ist neben Rassismus und Sexismus eine wichtige Form der Unterdrückung im Kapitalismus

Adultismus – ein Begriff, der den Wenigsten bekannt ist, jedoch kamen sicher schon alle im Laufe ihres Lebens mit Adultismus in Berührung. Wenn jemand jüngere Menschen aufgrund ihres Alters diskriminiert – meist „Erwachsene“ ihre oder andere Kinder – nennt mensch diese Form der Herabsetzung Adultismus.

Adultismus ist so allgegenwärtig und wir haben ihn so verinnerlicht, dass uns die Benachteiligung und Unterdrückung von Jüngeren gar nicht als solche erscheint. Wie selbstverständlich gehen wir im Umgang mit Jüngeren davon aus, dass wir über deren Köpfe hinweg, über diese entscheiden dürfen. Schliesslich sind wir die vermeintlich Erfahreneren, Reiferen, Kompetenteren, Stärkeren, Intelligenteren, Vernünftigeren usw.

In der Annahme, dass wir Jüngere unterdrücken dürfen, werden wir vom (kapitalistischen) Staat, seinen Institutionen und Gesetzen unterstützt. Auch die Tradition (welche natürlich nicht losgelöst von der jeweiligen Produktionsweise, vor welcher sie erscheint, zu betrachten ist!) stützt die Ungleichbehandlung von Jüngeren durch Ältere. Adultismus erfüllt eine ganz wichtige Funktion für jeden Klassenstaat: Sie bereitet den geistigen Nährboden vor, für jegliche Art von Diskriminierung, und ist somit eine wichtige Stütze des Systems. So wird Unterdrückung schon von Kindesbeinen an als selbstverständlich und oft sogar als unveränderlich wahrgenommen. Dieser Irrglaube macht es den Herrschenden einfacher, ihre Herrschaft zu legitimieren, die Beherrschten zu spalten, zu kommandieren und „ruhig zu halten“.

Die Verhaltensweisen

In jedem Bereich unserer Gesellschaft sind adultistische Verhaltensweisen und Haltungen wahrzunehmen:

Wörter wie „kindisch“ und „kindlich“ sind negativ besetzt. Wer diese Wörter benutzt, meint in der Regel nicht das „normale“ Verhalten, welches ein „normales“ Kind an den Tag legt, sondern ein unpassendes und dummes Verhalten. Daher ist es auch nicht erstaunlich, dass viele junge Menschen es nicht mögen, wenn sie „Kinder“ genannt werden.

Jungen Menschen wird jegliche Entscheidungsfähigkeit, Selbstorganisation und Mitbestimmung in der Regel versagt. „Erwachsene“ bestimmen, was getan wird – wer nicht spurt, wird bestraft. In der Schule und der Ausbildung gibt es für SchülerInnen und Lehrlinge keine Möglichkeiten, mitzubestimmen, was sie lernen, ob sie

Hausaufgaben machen sollen, wie sie lernen, wie sie bewertet werden usw.

Hinterfragen junge Menschen etwas, werden die Fragen abgewiesen: „Das ist einfach so“, „Das kannst Du eh nicht verstehen“, „Dafür bist Du noch zu jung“... Es wird gar nicht erst versucht, Erklärungen zu finden und dem/der Fragenden eine Antwort zu geben.

Versuchen junge Menschen „ihren eigenen Weg zu gehen“, fernab gesellschaftlicher Konventionen, wird dies nicht selten als „eine vorübergehende Phase“ oder „eine pubertäre Rebellion“ bezeichnet.

Das bürgerliche Recht diskriminiert junge Menschen ganz klar und zwingt sie zur Abhängigkeit von ihren Eltern. Junge Menschen haben kein Recht auf Mitsprache in ihrem Leben und im Staat, auf ein Mindesteinkommen und Selbstbestimmung im Allgemeinen.

Selbst unter den jungen Menschen herrscht adultistische Diskriminierung vor (z.B. zwingen ältere Kinder Jüngeren ihren Willen auf, dies oft mit dem Einsatz ihrer höheren Körperkraft...). Aber auch Erwachsene leiden oft unter Adultismus (z.B. werden jüngere MitarbeiterInnen von Älteren nicht ernst genommen...).

Wenn sich aber ein junger Mensch selbst ernst nimmt und versucht, sich seriös mit seiner Umwelt auseinander zu setzen, hört dieser nicht selten Sätze wie diese: „Nimm es nicht so ernst“, „Tu nicht so erwachsen“, „Denkst Du, das Du so wichtig bist“, „Was kannst Du schon daran ändern“ usw.

Die Auswirkungen

Die Auswirkungen und Folgen von Adultismus sind vielfältig und tiefschichtig.

Junge Menschen, denen man

immer wieder klar zu verstehen gibt, dass ihre Meinung nicht gefragt ist, die man nicht ernst nimmt, die nur Befehlen gehorchen müssen, und das von klein auf – sie lernen, dass sie keine Macht und andere das Sagen haben. Das wird soweit verinnerlicht, dass dieser Missstand als normal angesehen wird. Das führt später zu einer bedingungslosen Anerkennung von Autoritäten.

Das Selbstvertrauen wird soweit zerstört, dass junge Menschen ihre Bedürfnisse nicht mehr ernst nehmen. Das Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten, in ihr Urteilsvermögen und den Erfolg ihrer eigenen Initiativen haben viele junge Menschen verloren. Das führt oft zu einer Resignation und Passivität. Oft zeigt sich das in der typischen „Null-Bock-auf-gar-nichts-Haltung“ heutiger Jugendliche.

Auch leidet darunter das Selbstwertgefühl enorm. So sehr, dass sich manche Jugendliche als so minder erachten, dass sie ihre Meinung und Bedürfnisse gar nicht mehr offen und ehrlich äussern.

Die erlebte Unterdrückung wird auf andere oder sich selbst abgegeben. Während einige resignieren, werden andere aggressiv. Einige rebellieren gegen ihre Unterdrückten, andere beginnen andere, vermeintlich Schwächere, zu unterdrücken und noch andere wiederum legen selbstzerstörerische Tendenzen an den Tag. Viele versuchen ihren Frust mit Drogen zu betäuben und sich so den Alltag erträglicher zu gestalten.

Um mit dem Adultismus klar zu kommen (das heisst hier: akzeptieren), müssen junge Menschen ihren Gerechtigkeitsinn und ihre Vernunft ausschalten. Die Folge davon ist oft ein „Abtreten“ an andere, diese Richtig-oder-Falsch-Entscheidungen für sie zu treffen, oder eine blinde Übernahme von gesellschaftlichen Wertvorstellungen.

Diskriminierung von anderen und einem selbst wird als normal erachtet. Da ist es kein grosser Schritt bis zur Akzeptanz von Sexismus, Rassismus, Faschismus, und anderen Formen der Diskriminierung und Unterdrückung.

Lehren und Lernen

Es geht bei der Auseinandersetzung mit Adultismus nicht darum, jegliche „erzieherische Massnahme“ in Abrede zu stellen. Schliesslich ist es für uns (über-)lebenswichtig, Dinge von erfahreneren Menschen zu lernen. Dies rührt daher, dass wir zu einem bestimmten Zeitpunkt (noch) nicht genug Informationen haben, Zusammenhänge (noch) nicht verstehen und gewisse Gefahren (noch) nicht wahrnehmen können.



Doch dieses Lehren und Lernen sollte auf gleichberechtigter, respektvoller, miteinbeziehender und freiwilliger Basis verlaufen – nicht in Form von Kommandos, von nicht-gewählten und nicht-hinterfragbaren „FührerInnen“, und dem blindem, unkritischen Gehorsam. Auch geht es nicht an, in den jungen Menschen „kleine Erwachsene“ zu sehen und sie wie solche zu behandeln. Es geht in erster Linie darum, diese Menschen ernst zunehmen – in ihrer Entwicklung und Bedürfnissen – statt sie zu bevormunden.

Eine Erwachsenenfeindlichkeit aufgrund der Auseinandersetzung mit dem Adultismus ist aber kontraproduktiv. Eher sollte diese Auseinandersetzung bei jungen Menschen dazu führen, die eigene Kritik- und Selbstkritikfähigkeit zu stärken. Diese Eigenschaften liefern die Basis zur Entwicklung eigener Ideen und Initiativen.

Niemand wird als AdultistIn geboren – die gesellschaftlichen Zwänge und Gegebenheiten führen zur Entwicklung von adultistischen Denkweisen. Und genau darin liegt die Chance und Perspektive, dass wir diesen Misstand beheben können.

Revolutionäre Perspektive

Wir von REVOLUTION bekämpfen das derzeitige Gesellschaftssystem, den Kapitalismus, mit all seinen Auswüchsen. Dazu gehört natürlich auch der Adultismus, welcher in unseren Augen ganz klar zur Systemerhaltung beiträgt.

Es reicht nicht aus, den Adultismus losgelöst vom System zu betrachten und separat auslöschen zu wollen. Dies wird nicht funktionieren, solange die Klassengesellschaft, die den Adultismus hervorbringt, fortbesteht. Aus der Kenntnis über die besonderen Formen der Unterdrückung, welche die Jugend im Kapitalismus ausgesetzt ist, und aus der Überzeugung heraus, dass Jugendliche sich sehr wohl selber organisieren und bilden können, sind wir eine unabhängige Jugendorganisation. Wir lehnen die *gleichberechtigte* Zusammenarbeit mit Erwachsenen und deren solidarische Unterstützung nicht ab, lassen uns aber auch nicht bevormunden.

Unser Kampf hat das Ziel, eine Gesellschaft zu errichten, in welcher sich jede/r nach seinen Fähigkeiten einbringen kann und das erhält, was zur Deckung seiner/ihrer Bedürfnisse nötig ist; eine Gesellschaft worin die freie Entwicklung eines/r jedem/r einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist; eine Gesellschaft, welche Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen nicht nötig hat; wir kämpfen für eine Gesellschaft, in welcher der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht – Wir kämpfen für den Kommunismus!

von Yves, Revo St. Gallen

REVOLUTIONÄRINNEN: kommunistische Frauen

Alexandra Kollontai

Die Sozialistin und Feministin Alexandra Kollontai wurde am 31. März 1872 als Tochter eines russischen Generals in St. Petersburg geboren und wuchs wohl behütet in einem adligen Haushalt auf. Nachdem sie schon mit 16 Jahren ihr Abitur bestanden hatte, heiratete sie mit 21, zum Leid der Eltern, den Ingenieur Wladimir Kollontai, von dem sie sich aber fünf Jahre später wieder trennte. Schon damals hatte sie feste Vorstellungen von Leben und Liebe. Sie wollte frei und unabhängig sein, sich bilden und die Welt entdecken. Deshalb ging sie 1898 nach Zürich um Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu studieren.

Schon zu ihrer Schulzeit fing sie an, sich politisch und sozial zu engagieren. Sie beschäftigte sich mit der Frauenfrage, Emanzipation, Prostitution und Abtreibung und bald galt sie als einflussreiche und geachtete sozialistische Autorin.

1908 ging sie ins Exil. Sie reiste durch die Welt, lebte lange aus dem Koffer, teils begleitet von ihrem Sohn, schloss Bekanntschaften mit vielen bedeutenden und namhaften Menschen der Politik und sprach auf allen wichtigen Frauenkonferenzen, die damals stattfanden.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges befand Alexandra sich in Deutschland. Als sie es aber kurze Zeit später wieder verlassen musste, ging sie erst nach Schweden und schließlich nach Norwegen.

1917 kehrte sie zurück nach Russland, wo sie sich Lenin anschloss, obwohl sie ihm zunächst kritisch gegenüber gestanden hatte. Sie war der Meinung, für ihn gäbe es in der Zeit von Revolution und gesellschaftlichen Veränderungen keinen Platz für die Familie. Seine antiimperialistischen Ansichten und sein Vorantreiben einer Revolution in Russland sprachen ihr aber zu.

Und im Oktober saß sie dann im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und setzte sich für einen bewaffneten Aufstand und die Rätemacht ein. Sie wurden dann Volkskommissarin (Ministerin) in der ersten Sowjetregierung.

1920 übernahm sie dann den Vorsitz der Frauenabteilung des Zentralkomitees der KPdSU. Von Anfang an hatten die Frauenfrage und das Problem der Emanzipation des weiblichen Geschlechts ihre meiste Aufmerksamkeit erlangt. Wie auch Clara Zetkin und viele weitere war sie der Meinung, nur eine sozialistische Revolution könne der Frau die vollständige Emanzipation bringen. Und sie wäre der Grundstein für eine neue Gesellschaft. Und sie meinte weiterhin, dass ökonomische Ressourcen zur Unterstützung der Frau eingesetzt werden

sollten, damit sie sich materiell und finanziell vom Mann unabhängig machen könnte.

Sie setzte sich für zahlreiche Verbesserungen ein, von denen einige auch erfüllt werden konnten. Das Eherecht wurde gelockert, Frauen bekamen das Recht auf Abbruch einer Schwangerschaft und Volksküchen und Stätten für kollektive Kindererziehung wurden eingerichtet.

Alexandra war eine starke Befürworterin von Kommunen und anderen Formen des freien Zusammenlebens und von freier Liebe und Sexualität. Was mensch immer wieder mit ihr in Verbindung bringt ist die sogenannte „Glas-Wasser-Theorie“. Demnach sollte das Bedürfnis nach Liebe und Sexualität ebenso leicht zu stillen sein, wie der Durst durch das Trinken eines Glas Wassers. Damit stieß sie bei Lenin auf harsche Kritik, denn diese Aussagen standen im krassen Gegensatz zu allen damaligen Normen.

Sie stellte außerdem drei „Grundprinzipien“ auf, die die „eheliche Liebe in der Bourgeoisie“ ersetzen sollten. Das war zum ersten die Gleichheit beider Partner in der Beziehung, zweitens die beiderseitige Anerkennung der Rechte des Einzelnen und zuletzt die „genossenschaftliche Sensibilität, das Vermögen, sich in den jeweils anderen hinein zu versetzen“. Sie glaubte an die Beziehung zwischen zwei Menschen, die



absolut unabhängig voneinander waren und nur die nur auf Liebe und Leidenschaft beruhte.

Dies alles war nicht das einzige, in dem sie sich mit Lenin widersprach. Alexandra war eine leidenschaftliche Rednerin – sie sagte, was sie dachte. Und das wurde ihr nicht selten zum Verhängnis. Auf dem X. Parteitag der KPdSU äußerte sie scharfe Kritik an der Bürokratie. Damit begab sie sich in die „partei feindliche Opposition“.

Vielleicht aufgrund dieser Auseinandersetzung, vielleicht freiwillig – jedenfalls wurde sie 1932 Gesandte der Sowjetunion und übernahm von nun an Funktionen im Ausland. Sie leistete große Beiträge zu friedlichen Verhandlungen, zum Beispiel zwischen Stockholm und Finnland. Damit wurde sie zur ersten Diplomatin weltweit und schließlich erhielt sie 1942 für ihre Leistungen den Botschaftertitel von Stalin verliehen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges sah sie dann aber doch die Zeit gekommen, sich in den Ruhestand zu begeben und trat schließlich von all ihren Ämtern und Aufgaben zurück, blieb aber weiterhin Beraterin des Außenministeriums. Sie ging nach Moskau, wo sie am 9. März 1952, im Alter von fast 80 Jahren, starb.

von Jojo, Revo Rostock

Gegen die NATO in Brüssel



Etwa 1000 Menschen aus 17 verschiedenen Ländern beteiligten sich am Osterwochenende an einer Protestaktion gegen das NATO-Hauptquartier in Brüssel.

NATO ist ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten und hat zurzeit 26 Mitglieder. Zu den Gründungsmitgliedern, die seit 1949 der NATO angehören, zählen Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, die USA sowie Großbritannien. Seit 1955 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO.

Die Aktion selbst wurde von der pazifistischen, antimilitaristischen Organisation „Bomspotting“ aus Belgien veranstaltet. Die-

1.000 Menschen aus 17 Ländern gegen eine Militärbasis

se Gruppe startet seit nunmehr 10 Jahren Protestaktionen gegen belgische und amerikanische Militärbasen – dieses Jahr nun zum ersten mal in der Höhle des Löwen, dem NATO-Hauptquartier selbst.

Vorbereitet wurde dies einen Abend vorher mit ausgedehnten Seminaren und Übungen, so z.B. wurde das Verhalten in der Bezugsgruppe und während der Verhaftung geübt, oder wie mensch unbeschadet über den Stacheldrahtzaun gelangt.

Am Aktionstag dann begaben wir – ca. 250 internationale Anti-Kriegs-AktivistInnen – uns mit Strickleitern und Teppichen (für den Zaun) „bewaffnet“ zum NATO-Gelände.

Wir waren eine von mehreren Gruppen, die den Zaun zeitgleich an verschiedenen Stellen überqueren sollte. Insgesamt schafften es von den circa 1.000 MitstreiterInnen nur ungefähr 50 – das soll heißen, allein den Zaun zu erreichen war fast unmöglich, da uns mit allem möglichem, was dem Repressionsapparat so alles einfällt, begegnet wurde.

So setzte Polizei und Militär unter anderem Hunde, Pferde, Wasserwerfer und

Knüppel ein, um uns „zusammenzutreiben“. Wirklich alle Internationalen wurden dabei verhaftet, mit Bussen verschleppt und in ein Gefängnis gesteckt...

Dort herrschte dank der vielen Clownsar-mistInnen und CIA's (Cows in Action) eine tolle Stimmung. Nach sechs Stunden ließ mensch uns frei, natürlich nur unter Feststellung unserer Personalien und dem Versprechen, dass wir sowas nie wieder tun werden...

Alles in allem war die Aktion aufgrund der erhöhten internationalen Aufmerksamkeit und der Eigeninitiative geeigneter als jeder Ostermarsch, um den Zustand unserer Militärmaschinerie anzuprangern und ins Gedächtnis zu rufen, für was genau die NATO steht: Die Machtposition der reichen kapitalistischen Staaten aufrecht zu halten und auszubauen und Kriege für Rohstoffe zu führen.

Deswegen kämpft gegen Repression und Ausbeutung, für eine freie Welt! Trefft die Militärmächte wo sie empfindlich sind: Join the next NATO-Bomspotting in 2009 ...

von Eugen, Revo Dresden

Todsichere Jobs in Bernau

SchülerInnen protestieren gegen die Bundeswehr bei der „Ausbildungsbörse“ in Bernau

Am 11. April fand am Bernauer Paulus-Praetorius-Gymnasium die „11. Bernauer Ausbildungs- und Studienbörse“ statt. Wie jedes Jahr versuchte, zwischen zahlreichen Unternehmen und Unis, auch die Bundeswehr, sich als ganz normalen Arbeitgeber darzustellen.

Um auch wirklich von allen der 4000 BesucherInnen bemerkt zu werden begnügt sie sich dabei nicht etwa – wie die meisten anderen AusstellerInnen – mit 2-3 Tischen und Hochglanzbroschüren. Sie platzierte gut sichtbar auf dem Schulhof ihren großen Multimedia-Truck – ganz in Blau, verziert mit Eisernem Kreuz und ausgestattet mit 3 Offizieren auf Rekrutenjagd. Zusätzlich wurden im Laufe des Tages in einem der Klassenräume noch 2 Vorträge über die Karrierechancen bei der Bundeswehr gehalten.

Dieses Propagandaspektakel sollte natürlich nicht unkommentiert bleiben. Deswegen fanden sich rund 20 AntimilitaristInnen zusammen, um potenzielle Bundeswehr-Interessierte über die Nebenwirkungen des Soldatenberufs zu informieren.

Aktionen gegen die Anwesenheit der Bundeswehr finden fast jedes Jahr statt. Deswegen versucht die Schulleitung, KritikerInnen möglichst im Vorfeld durch starke Präsenz der Polizei einzuschüchtern.

Letztere ist in der Regel nicht nur mit ihrem Ausbildungs-Pavillon auf dem Hof sondern auch mit zahlreichem uniformiertem Wachpersonal auf dem Rest des Geländes vertreten.

Same procedure as every year

Nachdem die AktivistInnen (u.a. von der Initiative „Bundeswehr wegretten!“; Solid und REVOLUTION) ca. 500 Flugblätter auf dem gesamten Gelände verteilt hatten, entrollten sie in der Pausenhalle des Gymnasiums ein Transparent mit der Aufschrift „Militarismus sabotieren – Ins Leben desertieren“. Danach begannen sie mit einer Megafon-Durchsage über die Hintergründe deutscher Auslandseinsätze und die Entstehung der Bundeswehr aus der Wehrmacht.

Obwohl von den anwesenden BesucherInnen niemand darum gebeten hatte, war die Polizei nach wenigen Augenblicken zur Stelle. Während der Protestzug nach draußen geleitet wurde, ging die Ansprache munter weiter, so dass noch mehr Aufmerksamkeit auf die Aktion gelenkt wurde.

Draußen angekommen, setzten die AktivistInnen ihre Kundgebung vor einer großen Gruppe SchülerInnen am Haupteingang fort. Zwar hieß es von der Polizei, „Ihr könnt draußen weitermachen!“, aber als das dann in die

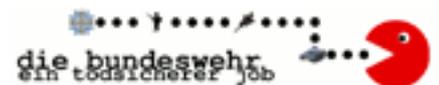
Tat umgesetzt wurde, war das wohl doch etwas zuviel freie Meinungsäußerung.

Nachdem noch ein weiteres Sixpack Bullen zur Verstärkung eingetroffen war, wurden Transparent und Megafon einkassiert und die Demonstration aufgelöst – ungeachtet der Tatsache, dass sie als spontane Kundgebung mit aktuellem politischem Anlass unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit stand.

Ein Beobachter, der das Geschehen fotografisch dokumentiert hatte, wurde gleich von 3 Zivilpolizisten belagert. Seine Kamera wurde schließlich beschlagnahmt.

Der Bundeswehr-Truck selbst war den ganzen Tag über nur spärlich besucht. Flugblätter und Kundgebung dürften dagegen zahlreiche BesucherInnen erreicht haben.

Die Bundeswehr soll in Zukunft bei all ihren Werbeauftritten massiven Protest erfahren, damit sie nicht weiterhin ungestört Jugendliche verarschen und für den Kriegsdienst verheizen kann. Deswegen bleibt die Kampagne „Bundeswehr – ein todsicherer Job“ gegen die Armeeauftritte an Schulen aktiv.



Die Kampagne: todsicher.blogspot.de
von Tom, Revo Bernau

KULTURREVOLUTION



Conexión Musical – Windstill

HipHop hat seit der Entstehung Mitte der 70er in New York City die Ghettos der Welt erobert; Favelas, Banlieues, Plattenbauviertel. Dabei gibt es jeweils landesspezifische HipHop-Kulturen, die selten zusammengeführt werden. Eine Ausnahme ist die Berliner Rap-Gruppe „Conexión Musical“ – was auf nicht ganz richtigem Spanisch „musikalische Verbindung“ heißt. Bekannt wurde die Formation mit dem Anti-Nazi-Lied „Fight!“ Der DJ ist aus Nicaragua. Die drei RapperInnen kommen aus Berlin, Chile und Griechenland. Kennengelernt haben sie sich bei der Erzieherausbildung. Alle unterrichten zur Zeit Sprechgesang in Jugendeinrichtungen. Das bewahrt sie vor gymnasialem Gehabe, verleiht ihrer Sozialkritik Street Credibility. „Du kannst dich selbst ändern, aber leider das System nicht“, heißt es im Titelsong des aktuellen Albums „Windstill“, das musikalisch und textlich komplexer ist als die Vorgänger. Zu den Kampfliedern gehören Raps über besetzte und selbstverwaltete Häuser wie die „Köpi“ in Berlin-Kreuzberg.

„Wir müssen Freiräume verteidigen und neue erkämpfen – sonst können wir nur in die Die Linke eintreten, weil das der einzige Freiraum sein wird. Bitte nicht“, sagt Claudio, einer der Sänger. Einige Reime der Band sind gegen HipHop-Sexisten gerichtet, die von der Sängerin Lena Stöhrfaktor „Neandertaler“ genannt werden, öfter geht es gegen Kommerzialisierung. Am 1. Mai ziehen die Bandmitglieder durch Berlin-Kreuzberg. Auf dem MyFest treten sie aber nicht auf, weil sie dafür mit den OrganisatorInnen (u. a. der Berliner Polizei) verhandeln müssten. Und weil ihre Anti-MyFest-Aufrufe beim Auftritt im vergangenen Jahr nicht die vergnügungssüchtigen Massen erreichten. Lena Stöhrfaktor: „Unser Rap ist nicht zum Ablenken da, aber beim Myfest geht es um nichts anderes.“

Das vor kurzem erschienene Album von Conexión Musical heißt „Windstill“ und ist nicht nur reflektierter sondern auch musikalischer als ihre bisherigen Tracks. Conexión Musical wird bald in der Roten Insel auftreten.

von Wladek, Revo Berlin



Die Welle

Jeder Jugendliche kennt die Geschichte. Ob privat oder als Lektüre in der Schule, ob als Erstverfilmung oder nun als neuen Streifen im Kino: „Die Welle“. Oft wird der Stoff des Buches von Morton Rhue und dessen „wahre Vorlage“ im Unterricht genutzt, um den SchülerInnen einen bezugsnahen Einblick in die Beschaffenheit dieser Thematik zu verschaffen. Denn welcher Geschichtslehrer kennt das Stöhnen im Klassenzimmer nicht, wenn wieder einmal der Nationalsozialismus auf dem Lehrplan steht?

Natürlich sieht sich der sympathische Lehrer Rainer Wenger auch in der Neuverfilmung „Die Welle“ mit der Verdrossenheit seiner Schutzbefohlenen im Bezug auf die Aufarbeitung des deutschen Faschismus konfrontiert. Dargestellt von Jürgen Vogel, der in seiner Rolle als linker Lehrer und ehemaliger Hausbesetzer vollkommen aufgeht, versucht er auf unkonventionelle Weise seinen SchülerInnen vor Augen zu führen, warum sich die Deutschen im Dritten Reich nicht gegen die Nazis wehrten. Er beginnt sein Autoritäts-Experiment mit Strammstehen und Uniformierung seiner SchülerInnen und baut in kürzester Zeit einen Exklusiv-Club auf. Er gibt ihm den Namen „die Welle“ und sie führen ganz Nazi-like noch den passenden Handgruß ein. Überraschenderweise reagiert der Großteil der SchülerInnen von Anfang an sehr positiv auf den Militärton. „Die Welle“ etabliert sich unter den Jugendlichen und entwickelt eine verheerende Eigendynamik. Das Experiment gerät völlig aus den Fugen. „Die Welle“ soll die heutige Version der Hitler-Jugend widerspiegeln.

Die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit, kann mensch in letzter Zeit öfter in den Medien beobachten. Dort gibt es das gleiche Problem wie bei „der Welle“: Der Faschismus wird ausschließlich auf psychologischer Ebene beleuchtet. Die KapitalistInnen von heute wollen davon ablenken, dass deutsche KapitalistInnen den entscheidenden Beitrag für die Etablierung der faschistischen Diktatur lieferten.

von Jolene, Revo Berlin

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

berнау@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

plauen@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

wolfsburg@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

Portal • www.onesolutionrevolution.org

Schweiz • www.revolution.ch.tc

Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€

Der Weg zur Revolution

Das Manifest der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION – ein Fahrplan für die Weltrevolution! Beschlossen auf dem Revocamp 2003, geändert auf den Revocamps 2004 und 2007.

20 Seiten, 1€

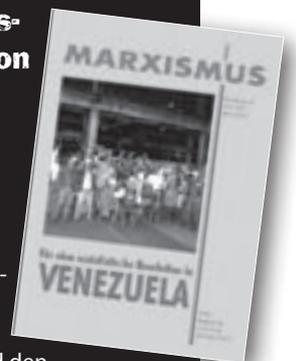
V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

Für eine sozialistische Revolution in Venezuela!

Diese Broschüre bietet eine Bilanz und Perspektiven des „bolivarischen Prozesses“ und die Chancen für die Arbeiterklasse. Es geht darum, die Kämpfe des Proletariats in Venezuela zu unterstützen und den „Chavismus“ kritisch zu untersuchen.

96 Seiten, 3,50€ • www.sozialismus.net



Tous ensemble! Alle zusammen!

In Frankreich streiken SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam gegen die Regierung

Seit Ende Januar laufen SchülerInnenproteste in Paris und Umgebung. In vielen Schulen haben sich die SchülerInnen und LehrerInnen zusammengeschlossen: Streiks, Demonstrationen und Aktionen finden fast jeden Tag statt, und das ohne eine zentrale Organisation. Dass eine Protestbewegung so beginnt, ist normal in Frankreich: ein paar Einzelpersonen organisieren sich, demonstrieren und streiken, bis die Schüler- und Lehrgewerkschaften so unter Druck gesetzt werden, einen offiziellen Aufruf zu veröffentlichen. Das ist Mitte März passiert und seitdem ist die Bewegung kräftig angewachsen.

Die Gründe für diese Proteste sind zahlreich: Zuerst muss man sich daran erinnern, dass die StudentInnen im Herbst 2007 gegen das „Pecresse Gesetz“ mehrere Wochen lang gestreikt haben. Als die französische Regierung den Haushalt für das nächste Schuljahr verkündet hat, erfuhren die LehrerInnen und SchülerInnen von ganz Frankreich, dass in diesem Jahr 11.200 Lehrerstellen abgeschafft werden sollen. Das heißt, dass eine Stelle in fast jeder Schule Frankreichs gestrichen wird!

Seit Mitte März finden Demonstrationen dagegen jeden Dienstag und Donnerstag statt – am Anfang nur in Paris, aber in den letzten zwei Wochen in mehr als 50 Städten. Es gab noch keinen offiziellen Gewerkschaftsauftrag für den Streik – trotzdem haben ungefähr 20% der LehrerInnen in Paris am 15. April gestreikt. Am gleichen Tag haben 50.000 SchülerInnen in den Strassen von Paris demonstriert; ungefähr Hundert Gymnasien blieben wegen Schülerblockaden geschlossen.

Es war relativ schwer, diesen Kampf auf ganz Frankreich auszuweiten, denn es gab seit einem Monat Osterferien. Jetzt hoffen viele, dass die Bewegung ab Mitte Mai wirklich größer wird. Fast alle Lehrgewerkschaften rufen zu einem Streik am 22. Mai auf.

In den letzten Jahren fanden Schul- und Unistreiks regelmäßig statt. Die letzten Regierungen haben alle deutlich gesagt, dass sie auf Kosten des Bildungssystems sparen wollen. Sie wollen die französischen Schulen und Unis „modernisieren“, sprich: sie der Marktwirtschaft anpassen.

Viele Sparpläne konnten aber durch Massenproteste gestoppt werden – besonders

deshalb, weil die SchülerInnen und StudentInnen in Gewerkschaften organisiert sind. Obwohl diese Gewerkschaften eine wenig kämpferische Führung haben, bieten sie den SchülerInnen und StudentInnen einen Rahmen, um gegen diese reaktionären Reformen zu rebellieren. Die Basis schafft sich auch eigene Strukturen: Massenversammlungen, Streikkomitees, nationale Koordinationen usw.

Von außen mag die aktuelle Bewegung schwach aussehen: kein nationales Bündnis, keine starke Unterstützung von den Gewerkschaften und komplette Stille in den Medien. Aber die Bewegung profitiert von zwei Sachen, gegen die die Regierung nichts machen kann: die Basis ist mobilisiert und die Gesellschaft scheint bereit zu sein, einen langen Protest zu unterstützen, wie es schon bei den Protesten gegen das CPE-Gesetz der Fall war.

Obwohl die PolitikerInnen auf ihrer Position beharren, haben sie Angst davor, dass sich die verschiedenen Kräfte – ArbeiterInnen, SchülerInnen und StudentInnen, Jugendliche der Vorstädte – zusammenschließen.

von Flora aus Frankreich, Revo Berlin
siehe auch S. 5: Frankreich im Jahr 1968

